

## Gemeindefinanzreform

### A n m e l d u n g

zur Tagesordnung der Sitzung

des Stadtrats vom 17.09.2003

- öffentlich -

#### I. Sachverhalt:

Die Pläne der Bundesregierung zur Gemeindefinanzreform sind aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände ungeeignet, die Finanzprobleme der Kommunen zu bewältigen. Vorzüge des Regierungsmodells zur Gemeindefinanzreform konnten bisher nicht bewiesen werden. Das angekündigte Entlastungsvolumen in Höhe von ca. 3,5 Mrd. EUR wird aus kommunaler Sicht nicht erreicht, weil die Berechnungen des Bundesfinanzministeriums unzutreffend sind. Die bisherigen Überlegungen sind mittelstandsfeindlich und entlasten die Kapitalgesellschaften überproportional.

Der Deutsche Städtetag hat aus diesem Grund den Mitgliedsstädten eine Musterresolution zur Verfügung gestellt, die von möglichst vielen Städten verabschiedet werden soll. Diese soll dann der Bundesregierung, der Landesregierung und den örtlichen Abgeordneten zur Kenntnis gegeben werden.

Da die Stadt Nürnberg auf Entlastungen aus der Gemeindefinanzreform angewiesen ist, schlägt Ref. II vor, sich dieser Resolution anzuschließen.

II. Anlage: Resolution

III. Beschlussvorschlag: siehe Beilage

IV. OBM

V. Ref. II

Nürnberg, den 03. September 2003  
Finanzreferat